



öffentlich

Betreff:

Appell zum Mieterschutz: Verzicht auf Mieterhöhungen und Wohnungsräumungen

Einreicher: Fraktionen DIE LINKE, SPD

Erstellungsdatum: 20.09.2022

Freigabedatum: _____

Beratungsfolge:		
Datum der Sitzung	Gremium	Zuständigkeit
05.10.2022	Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam	Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam appelliert an die in Potsdam ansässigen und tätigen Wohnungsunternehmen, dem Beispiel der städtischen Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam zu folgen und angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Situation und hohen Heizkosten bis Oktober 2023 zum Schutz der Mieter auf Mieterhöhungen und Wohnungsräumungen zu verzichten.

Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Appell an die Wohnungsunternehmen in Potsdam weiterzuleiten, verbunden mit der Bitte um Stellungnahme.

gez. Dr. Sigrid Müller, Stefan Wollenberg; Dr. Sarah Zalfen, Dr. Hagen Wegewitz
Fraktionsvorsitzende

Unterschrift

Ergebnisse der Vorberatungen
auf der Rückseite

Beschlussverfolgung gewünscht:

Termin:

Demografische Auswirkungen:

Klimatische Auswirkungen:

Finanzielle Auswirkungen?

Ja

Nein

(Ausführliche Darstellung der finanziellen Auswirkungen, wie z. B. Gesamtkosten, Eigenanteil, Leistungen Dritter (ohne öffentl. Förderung), beantragte/bewilligte öffentl. Förderung, Folgekosten, Veranschlagung usw.)

ggf. Folgeblätter beifügen

Begründung:

Angesichts der schwierigen gesellschaftlichen Bedingungen durch hohe Heizkosten und der angespannten Wohnungssituation in Potsdam verzichtet die städtische Wohnungsgesellschaft Pro Potsdam bis Oktober 2023 auf Mieterhöhungen bis zur ortsüblichen Vergleichsmiete und auf die Räumung von Wohnungen.

Damit wird, auch dem Anliegen des Bürgerbegehrens zur Einführung eines Mietendeckels folgend, ein hohes Maß an sozialer Sicherheit für Mieterinnen und Mieter der Pro Potsdam geschaffen. Da sich etwa 60 Prozent der Wohnungen in Potsdam in privatem Eigentum befinden, wovon sich wiederum große Teile in den Händen von großen Wohnungsgesellschaften befinden, sollte der Versuch unternommen werden, diesen Bestand nach dem Vorbild der Pro Potsdam vor dem Verlust ihrer Wohnung aufgrund von Mietrückständen wegen hoher Heizkosten zu schützen.

Deshalb soll ein entsprechender Appell der Stadtverordnetenversammlung an diese Wohnungsgesellschaften, verbunden mit der Erwartung einer Stellungnahme, weitergeleitet werden.